

INFORMATIONEN

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion

Migration, Asyl und Integration – mit Perspektive und klaren Regeln

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wer heute in Integration investiert, legt das Fundament für eine starke und zukunftsfähige Gesellschaft. Brandenburg ist und bleibt weltoffen und tolerant – mit klaren Regeln, die für alle gelten und die wir umsetzen werden. Für Wachstum und Wohlstand, Solidarität und die Sicherheit aller Menschen. Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir unseren Wohlstand für die Zukunft nur sichern können, wenn es gelingt, Menschen – auch aus anderen Ländern – schnell und effizient für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Die SPD-Landtagsfraktion steht für eine verantwortungsvolle Politik, die Zuwanderung steuert, Integration in den Arbeitsmarkt beschleunigt, irreguläre Migration verhindert, Sicherheit gewährleistet und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

Ausländische Fach- und Arbeitskräfte: Wertschöpfung durch gezielte Anwerbung

Brandenburg benötigt dringend Fach- und Arbeitskräfte in allen Bereichen und Sparten - vom Dienstleistungsgewerbe über die Verwaltung und Pflege, bis zu Handwerk und Industrie.

Dazu braucht es *zielgerichtete Werbeprogramme für Fach- und Arbeitskräfte*. Bereits heute fördern wir die Beratung von Unternehmen im Bereich der Fachkräfteeinwanderung, wie zum Beispiel mit den IQ Servicestellen „Fachkräfteeinwanderung“.

Mit dem „Business Immigration Service“ Brandenburg erschaffen wir eine *zentrale Informationsplattform* und erleichtern Visa-Onlineantragstellungen. Die Homepage wird Informationen zur Fachkräfteeinwanderung, die wichtigsten Anlaufstellen und Online-Services für Antragsteller und Informationen zum Einwanderungsverfahren beinhalten.

Wir unterstützen eine *Zentralisierung aufenthaltsrechtlicher Angelegenheiten* bei der Zentralen Ausländerbehörde für die Fachkräfteeinwanderung. Den Bund fordern wir auf, die Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung in den Auslandsvertretungen zu beschleunigen.

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734



Personen mit Bleiberecht: Verteilung auf die Kommunen und Arbeitsmarktintegration

Als SPD-Landtagsfraktion bekennen wir uns klar zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zu den Abschiebeverboten im Aufenthaltsgesetz. Auf europäischer Ebene setzen wir auf die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Das bedeutet Mindeststandards für Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten, einen Solidaritätsmechanismus sowie den einheitlichen konsequenten Schutz der EU-Außengrenzen. Denn nur wenn es funktioniert, Migration zu steuern und dabei auch zu begrenzen, kann Integration gelingen. Wir stehen auch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands, insbesondere zu denen in der Genfer Flüchtlingskonvention.

Personen mit Bleiberecht werden zügig den *Kommunen* zugeteilt, um die *Integration in den Arbeitsmarkt* und in die örtliche Zivilgesellschaft bestmöglich zu fördern. Die Verteilung soll zielgenau Fähigkeiten, Bedürfnisse und familiären Belange berücksichtigen, damit Integration vor Ort gelingen kann.

Nach dem Prinzip „*Fördern und Fordern*“ sprechen wir uns dafür aus, dass Personen mit Bleiberecht konkreten *Zugang zu Arbeit* und Beschäftigung erhalten: Praktika in Betrieben, gemeinnützige Arbeit und eine Arbeitserlaubnis ab spätestens 3 Monaten Aufenthalt. Eine schnelle und gelingende Integration auf dem Arbeitsmarkt zahlt auf unsere Gemeinschaft ein, trägt zur Sicherheit bei und stärkt die Sozial- und Rentensysteme.

Das Landesaufnahmegesetz und das Integrationsbudget werden bis Jahresende evaluiert. Es wird im Anschluss ein *Integrationsgesetz* geben, um die Aufnahme, Unterbringung und migrationsspezifische soziale Unterstützung in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu stärken.

Entscheidend für das *Gelingen der Arbeitsmarktintegration* ist eine enge Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Sozial- und Ausländerbehörden sowie dem engagierten Ehrenamt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Vernetzung zwischen den Institutionen vor Ort vorangetrieben wird. Um das Ankommen vor Ort zu erleichtern, werden wir einen weiteren Ausbau der kommunalen „Welcome Center“ forcieren.

Im Vollzug wollen wir eine stärkere *Vereinheitlichung* bei den kreislichen und kommunalen Ausländerbehörden für schnellere Entscheidungen vor Ort. Die Aufnahme von Arbeit und Ausbildung soll grundsätzlich prioritär, schnell und positiv beschieden werden. Auch wenn viele Berufe – wie im Handwerksbereich – oftmals nicht anerkennungspflichtig sind, bedarf es insbesondere bei medizinischen und pädagogischen Abschlüssen schnellerer Verfahren auf Bundesebene.

Bildung ist ein weiterer Schlüssel für Integration und ein selbstbestimmtes Leben. Wir werden sprachliche Kompetenzen in der frühkindlichen Bildung für alle Kinder gezielt stärken und durch frühzeitige *Sprachstandserhebungen* erfassen und fördern. Mehrsprachige Lehrkräfte in unseren Schulen sind ein zentraler Baustein. Wir wollen eine Eignungsprüfung für Lehrkräfte etablieren, die ihr Lehramtsstudium im Ausland erworben haben. Denn die Anerkennungen ausländischer Berufs- oder Schulabschlüsse sind bürokratisch

aufwändig und oft schwer möglich. Wer nachweislich nach deutschen Standards unterrichten kann, soll dies auch anerkannt bekommen.

Personen ohne Bleiberecht: Landesobhut und Überprüfung der Rückführungsoptionen

Personen ohne Bleiberecht – und *ohne Rückführungsmöglichkeit* – werden künftig in Landesobhut verbleiben. Sie werden *Landesübergangseinrichtungen* zugewiesen. Wir haben dafür außerdem die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung erweitert und werden die maximale Verweildauer in dieser Unterbringungsform auf bis zu 24 Monate verlängern.

Während des Aufenthalts in der Landesübergangseinrichtung wollen wir Personen ohne Bleiberecht und ohne Rückführungsmöglichkeit nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ die Möglichkeit für den *Spurwechsel* eröffnen, insbesondere durch verpflichtende berufliche Weiterbildung und Sprachkurse. Auch hier geht es um konkreten Zugang zu Arbeit und Beschäftigung: Praktika in Betrieben, gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten und eine schnelle Arbeitserlaubnis.

Personen ohne Bleiberecht – aber *mit Rückführungsmöglichkeit* – bleiben ebenso in Landesobhut und werden nicht auf die Kommunen verteilt. Wie auf der Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz beschlossen, bereiten wir *Ausreiseeinrichtungen* für diese Personen vor. Dort werden Angebote zur Förderung der freiwilligen Ausreise gemacht. Werden diese nicht angenommen, folgen Leistungssanktionen und Abschiebungen.

Wir unterstützen die Rückführungsinitiativen des Bundes. Der Bund ist aufgefordert, weitere Rücknahmeabkommen mit sicheren Herkunftsländern zu schließen, damit Rückführungen rechtssicher und menschenwürdig erfolgen. Bereits geschlossene Migrationsabkommen und Migrationspartnerschaften müssen zeitnah und vollumfänglich umgesetzt werden.

Entlastung der Kommunen: Zentralisierung und Standardisierung

Die SPD-Landtagsfraktion entlastet weiterhin die Kommunen. Dafür bündeln wir die Zuständigkeiten für die Erstaufnahme und Rückführungen direkt bei der Zentralen Ausländerbehörde. Mit der Errichtung des Behördenzentrums am Flughafen BER werden asyl- und aufenthaltsrechtliche Verfahren zentralisiert und zügig durchgeführt.

Das Dublin-Zentrum in Eisenhüttenstadt wird evaluiert. Der Erfolg der Einrichtung hängt von den Gerichtsentscheidungen zu dessen Betrieb und der Abstimmung des Bundes mit den anderen EU-Mitgliedstaaten zur Rückübernahme nach dem Dublin-System ab.

Bei der Einführung der Bezahlkarte haben wir die Kommunen unterstützt. Die Landesregierung wird die Umsetzung des Bezahlsystems vor Ort auch künftig aktiv begleiten.

Gemeinsam mit den Kommunen werden wir weiterhin an kommunalen Integrationskonzepten arbeiten. Denn *Integration findet vor Ort statt*: in Familienzentren, Jugendclubs und Dorfgemeinschaftshäusern. Mit den Integrationsmaßnahmen der EU, des Bundes und des Landes – insbesondere der

Migrationssozialarbeit – wurden bereits gute Angebote geschaffen. Hier geht es auch um unbürokratische Verfahren zur Entlastung der Kommunen. Außerdem werden Integrations- und Sprachkurse von Anfang an in den Aufnahme- und Übergangseinrichtungen angeboten – es geht um Eigeninitiative und Engagement nach dem *Prinzip von „Fördern und Fordern“*.

Der einstimmig beschlossene Koalitionsvertrag und die Vereinbarungen aus dem Jahr 2024 zwischen der Landesregierung und den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten sind und bleiben eine Grundlage für die Bereiche Asyl, Migration und Integration.

Deutsch-polnischen Grenze: Praktikable und partnerschaftliche Kontrollen

Grenzkontrollen müssen praktikabel und partnerschaftlich gestaltet werden – im Sinne der Menschen in der Grenzregion. Die im Herbst 2023 eingeführten, temporären Grenzkontrollen zwischen Brandenburg und Polen haben Wirkung gezeigt und bleiben notwendig.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion bleibt dabei aber auch die Abstimmung mit unseren polnischen Partnern von zentraler Bedeutung: Wir fordern den Bundesinnenminister auf, ein *gemeinsames Verfahren* an der deutsch-polnischen Grenze zu finden. Unsere Freundschaft mit Polen ist ein Verfassungsauftrag – und verdient klare politische Unterstützung.

Wir danken unseren polnischen Nachbarn für die verlässliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit und wollen uns mit ihnen gemeinsam weiterhin für einen *freien Schengen-Raum* einsetzen. Dafür bedarf es einer effektiven und menschenwürdigen *Sicherung der EU-Außengrenzen*.

Sicherheit für alle: Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz und Gerichten

Für ein solidarisches und friedliches Miteinander müssen sich alle Menschen in Brandenburg sicher fühlen. Auch wenn die Zahl der Straftaten im Land in den letzten Jahren insgesamt rückläufig ist, nehmen wir die Sorgen, die sich auf integrationsbedingte Herausforderungen beziehen, ernst. Das betrifft auch Gewalt- und Sexualstraftaten sowie terroristische Anschläge. Dem muss mit aller Härte des Rechtsstaats umgehend begegnet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Taten von Einzelnen die Gesellschaft spalten.

Bei der Polizei stocken wir den Personalbestand auf 9.000 Stellen auf. Bis zum Jahr 2029 schaffen wir 100 zusätzliche Stellen jährlich. Wir unterstützen konsequent einen starken Verfassungsschutz. In Zeiten wachsender Bedrohungen durch Extremismus ist es notwendig, seine Befugnisse angemessen auszugestalten. Ein handlungsfähiger Verfassungsschutz muss in der Lage sein, Extremisten frühzeitig zu identifizieren und Gefahren zu verhindern. Hier bedarf es auch einer engen Zusammenarbeit mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, um frühzeitig eine Radikalisierung Einzelner zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Personen, die schwere Straftaten begehen, und Mehrfachstraftäter mit erhöhter Deliktsschwere ihr Aufenthaltsrecht verirken und abgeschoben werden. Wer in diesem Maße straffällig wird, verliert die Möglichkeiten zum Spurwechsel und zur Arbeitsaufnahme. Dazu

braucht es zeitnahe und zügige Strafverfahren sowie den Aufbau einer Abschiebehafteinrichtung.

Es bedarf einer Beschleunigung der Asylverfahrensdauer beim BAMF und in der Justiz. Infolge einer großen Kraftanstrengung konnten die asylgerichtlichen Verfahrenslaufzeiten an den Verwaltungsgerichten bereits erheblich reduziert werden. Doch die Eingangszahlen steigen erneut stark an. Um eine effektive und zügige Bearbeitung zu ermöglichen, braucht es auch eine personelle Stärkung der Verwaltungsgerichte. Wir unterstützen deshalb eine rasche Umsetzung der vom Bund angekündigten Finanzierung neuer Richterstellen durch den Pakt für den Rechtsstaat.

Bei alledem darf nicht vergessen werden: Auch Integration benötigt Sicherheit. Denn Extremismus, insbesondere der wachsende Rechtsextremismus, bedroht die Sicherheit aller Menschen und unseren Wirtschaftsstandort in Brandenburg. Wir benötigen starke Antidiskriminierungsarbeit und Fortbildungen für Fachkräfte, um Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Es werden auch zukünftig Strukturen der Früherkennung gebraucht. Das beinhaltet insbesondere eine gut aufgestellte Sozialarbeit und psychologische Betreuung. Traumatisierte Menschen dürfen keinen Behandlungs- und Betreuungsabbruch bei der Verteilung in die Kommunen erleben.

Für pragmatische Antworten: eine nachhaltige Integrationspolitik

Migration ist Teil der Menschheitsgeschichte. Sie bringt Möglichkeiten und Herausforderungen mit sich – und sie kann Ängste und Hoffnungen auslösen. Migration ist auch komplex: Wer ihr im Parlament und auf der Straße nur mit platten Parolen begegnet, handelt verantwortungslos.

Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der Integrationsbeauftragten und der Beratungsstellen für eine Gesellschaft, an der alle partizipieren. In einer toleranten und freien Gesellschaft soll jeder Mensch seinen Glauben und seine Weltanschauung als Teil der eigenen Identität leben können. Damit wir nicht übereinander, sondern miteinander reden, bedarf es des interkulturellen und interreligiösen Dialogs zwischen den Menschen und Institutionen.

Angesichts all dessen setzt sich die SPD-Landtagsfraktion daher für eine differenzierte und gleichzeitig klare Migrations- und Integrationspolitik ein:

- *Ausländische Fach- und Arbeitskräfte* werden *dringend benötigt* und werden *gezielt angeworben*: damit wir unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern können.
- Personen *mit Bleiberecht* werden auf die *Kommunen* verteilt und schnell in den *Arbeitsmarkt* und die *örtliche Zivilgesellschaft* integriert.
- Personen *ohne Bleiberecht* verbleiben in *Landesobhut*: denen ohne Rückführungsmöglichkeit wird nach dem *Prinzip „Fördern und Fordern“* der *Spurwechsel* ermöglicht; wo es eine *Rückführungsmöglichkeit* gibt, kommt es zur *freiwilligen Ausreise* oder zur *Abschiebung*.
- Personen mit oder ohne Bleiberecht, die schwere Straftaten begehen, und Mehrfachstraftäter mit erhöhter Deliktsschwere verwirken ihr Aufenthaltsrecht und werden abgeschoben. Die dafür erforderlichen Einrichtungen werden geschaffen.

- Die *Kommunen* werden durch die *Zentralisierung* von *Aufnahme* und *Rückführung* weiter entlastet und bei der *Integration vor Ort* auch in Zukunft unterstützt.
- *Kontrollen* an der *deutsch-polnischen Grenze* sind *praktikabel* und *partnerschaftlich* zu gestalten. Zusammen mit unseren polnischen Nachbarn setzen wir uns weiter für einen *freien Schengen-Raum* und den *effektiven Schutz der EU-Außengrenzen* ein.
- Wir statten die *Sicherheitsbehörden* und die *Justiz* in Brandenburg mit den nötigen Mitteln aus, damit sich alle Menschen in unserem Bundesland sicher fühlen können.